

Jumpolt's
SAPOTOL
ZAHN-SEIFE
Gesundheitlich empfohlen
Mundwasser
Zahngelb

Dresdner Nachrichten

Photographische
Apparate
in
reichster Auswahl
bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilian-Allee)
Ausführlicher Catalog nach
Auswärts gegen 20 Pfg. in
Briefmarken.

Was schenken Sie Ihrem Mann zum Geburtstag?
Einen molligen Schlafrock!
vom **Schlafrock-Meyer**, Frauenstr. 7.
Dresden, 1896.

Tuchwaaren.
Winter-Paletot-, Anzug- und Hosenstoffe in den
besten deutschen und englischen Fabrikaten empfohlen in
grösster Auswahl zu billigsten Preisen
Friedr. Greiff & Sohn,
Georgplatz 9.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Gegründet 1807.
Bettfedern und Daunen,
auswählte Sorten in grosser Auswahl, empfiehlt das
Special-Geschäft von Julius Udluft,
An der Mauer 3 — Kgl. Hof — Ecke Seestraße.

Regenschirme in grösster Auswahl. **Schirmfabrik C. A. Petschke**, Wilsdrufferstr. 17.
Annenstr. 9 (Stadthaus).
Nr. 300. Spiegel: Friedrichsruher Enthüllungen, Hofnachrichten, Landeschronik, Speisung der Schulfinder, Rathmäßige Bitterung: Unhöflichkeit.

Da am Sonntag, den 1. November, keine Nummer der „Dresdner Nachrichten“ erscheint, ersuchen wir die geehrten Inserenten,
Inserate,
welche sich auf Veranstaltungen an diesem Tage beziehen, als Voraussetzungen für die Sonnabend-Nummer uns zugehen zu lassen.
Die Geschäftsstelle.

Verfugung stellen. Mit dem feindlichen Nachbar kann nach Lage der Sache nur Russland gemeint sein, daselbst Russland, das noch bis vor Kurzem galt und heute noch gilt als der offizielle Freund und Beschützer des Sultans. Wie kann also mit einem Mal ein hoher türkischer Würdenträger eine so scharfe feindliche Aeusserung gegen Russland sich erlauben, wenn er nicht Grund zu der Vermuthung zu haben glaubt, dass eine Veränderung der Lage sich vorbereite, die in der vorgezeichneten von England geführten oder vielmehr gegangenen Kombination ihren Ausdruck finden würde? Auf jeden Fall ist die öffentliche Meinung Deutschlands durch die Umgebung der „Damb. Nachr.“ rechtseitig gewarnt worden, sodass sie im Stande ist, gegen unliebsame Uebersetzungen mit allem Nachdruck anzukämpfen.

(Veh. Legationsrath Dr. Kowser zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht und des früheren Generalconsuls in Capri) Legationsrath Dr. Freiherr v. Henning zum General in Vefing. — Uffig's wird bestätigt, dass Major v. Wismann nicht auf seinen Posten nach Afrika zurückkehrt. — Da die Reichsregierung erachtet, dass im Laufe des kommenden Winters die mannigfachen Schwierigkeiten, die sich namentlich im Verkehr mit Russland ergeben haben, im Reichstage zur Sprache kommen, so hat sie sich mit den einzelnen Regierungen in Verbindung gesetzt, um durch die Handelskammern und andere Korporationen eingehende Aeusserungen über die Wirkung der Handelsverträge anstellen zu lassen.

Politisches.
Mit der hohen Politik geht es wie mit dem Wetter: wenn gar zu lange dieselbe ruhige Grundstimmung geherrscht hat, zieht plötzlich Gewölk heran, der Sturm beginnt zu bliesen und unter Donner und Blitz entladet sich die aufgelaumene elektrische Spannung, um hinterher einer erstickenden Ruhe Platz zu machen. So ist es wiederum die Regel und man darf daher die augenblickliche Verwirrung, die das Gebiet der auswärtigen Politik infolge der Enthüllungen der „Damb. Nachr.“ über das trübere deutsch-russische Neutralitätsverhältniss zeigt, nicht zum Anlass neuerer Besorgnisse nehmen. Vielmehr muss man allen leidenschaftlichen Erörterungen und umherwirrenden sensationellen Gerüchten gegenüber das kalte Blut und den klaren Blick zu wahren suchen, die dem Altreichstanzler in jeder kritischen Lage in so ungewöhnlicher Weise zu Gebote stehen, dass er mit Hilfe dieser beiden Faktoren aus allen internationalen Verhältnissen einen sicheren Ausweg zu finden vermag. Auch in dem vorliegenden Falle darf jeder Patriot ohne langes Besinnen überzeugt sein, dass Fürst Bismarck unter allen Umständen in Wahrung der vaterländischen Interessen gehandelt hat, dass es ihm lediglich darum zu thun gewesen ist, rechtzeitig ein warnendes Gebrüll am politischen Springbrunnen heranzulassen, um störende Elemente zu entfernen und die Bahn frei zu machen für den richtigen Kurs. Damit soll auch nicht im Entferntesten angedeutet werden, dass die bewährte Diplomatie des Fürsten Hohenlohe sich in den internationalen Fragen auf falschem Wege befindet. Der patriotische Theil der Nation will im Gegentheil nur zu gut, wie unendlich werthvoll gerade die Hohenlohe'sche Politik für Deutschland auswärtsige Beziehungen ist, und solange Fürst Hohenlohe auf seinem Posten steht, kann auch nicht der geringste Schatten auf sein Werk fallen. Das was auch Fürst Bismarck selbst wohl zu wünschen ist, wenn der Altreichstanzler trotzdem mit seiner Rundgebung hervorgetreten ist, so hat er das gewiss nicht gethan, um dem Fürsten Hohenlohe, mit dem ihn ja auch intime persönliche Beziehungen verbinden, irgendwelche Belegungen zu bereiten, mit nichten. Vielmehr zwingen die ganze Verantwortlichkeit Bismarck's, seine glänzende Vergangenheit, die Thatsache, dass alle seine Gedanken und Handlungen allezeit vom reinsten Patriotismus durchglüht und dem ausschliesslichen Wohle des geeinten Vaterlandes gewidmet gewesen sind, zu dem unabweislichen Schluss, dass er durch seine Veröffentlichung gerade den Fürsten Hohenlohe und die von ihm vertretenen auswärtigen Politik hat stärken wollen gegenüber der Gefahr der gegenwärtigen Einverleibung, aber in bedrohlicher Gestalt begriffenen internationalen Kombination zu erkennen bestrbt ist. Das Fürst Hohenlohe selbst sich niemals zu einer anderen Politik verhalten würde, als zu einer solchen seiner eigenen Initiative, wie sie in einer langjährigen diplomatischen Schule herangereift ist und recht ihre legendäre Reife trägt, braucht nicht erst ausdrücklich zu werden, weil es augenfällig ist. Jede Bewegung zur Veränderung der Hohenlohe'schen auswärtigen Politik würde sich daher mit Nothwendigkeit auch gegen die Person des Reichstanzlers selbst richten.

Jede Aenderung der deutschen Politik zu Gunsten Englands wäre ein so unabsehbares nationales Unglück, dass nur Derjenige, der die Größe dieser Gefahr voll zu würdigen versteht, auch das jetzige Verhalten des Fürsten Bismarck richtig zu beurtheilen vermag. Vor diesem Gesichtspunkt zerfällt auch der alle Patrioten tief schmerzlich berührende Vorwurf in nichts, den man aus der im Uebrigen völlig korrekten Erklärung der Reichsregierung auf die Veröffentlichung der „Damb. Nachr.“ herleiten will, dass der Altreichstanzler durch seine Verlautbarung wichtige Staatsinteressen gefährdet habe. Ein ultramontanes Blatt verweigert sich sogar in der widerwärtigen Reue, den Schöpfer des Reiches einen „Herodes“ zu nennen, das Deutsche ihren eigenen Kaiser gegen derartige von Deutschen ausgehende Anschuldigungen verteidigen müssen. Die Erklärung im „Reichsanzeiger“ bezieht sich auf jeden unbefangenen Leser, dass die Regierung selbst sich zu der Sache nicht äussern könne, da sonst mit Rücksicht auf die aktuellen Beziehungen — eben dies ist zwischen den Zeiten in denen — eine Schädigung staatlicher Interessen unter den derzeitigen Verhältnissen zu befürchten wäre: ein offizieller Standpunkt, der so laienhaftig ist, dass sich nicht daran rütteln lässt. Von einer Schädigung staatlicher Interessen durch den Fürsten Bismarck aber kann schon deshalb keine Rede sein, weil die Veröffentlichung nicht auf ein bestehendes, sondern auf ein bereits geschichtlich erwachsenes Verhältniss bezieht. Somit könnte man ja auch die Veröffentlichung des Bismarck'schen Briefes an Kaiser Wilhelm I. aus dem Jahre 1877 als „Königsgeheimnis“ bezeichnen. Aufgeben aber ist zu erwägen, dass in gewissen kritischen Augen sogar noch in Kraft befindliche geheime Abmachungen veröffentlicht werden, um Gefahren, die aus ihrer Offenlegung zu entstehen drohen, vorzubeugen. Fürst Bismarck selbst hat ja immer wieder die Verlautbarung des deutsch-russischen Bündnisvertrages dem Vaterland einen Dienst von der grössten Tragweite erwiesen. Bismarck, der niemals ohne eine bestimmte höchst wichtige Entschliessung gehandelt hat, wird sicherlich auch in diesem Falle, welche dringenden Interessen und Umstände seinen jetzigen Schritt nothwendig gemacht haben. Das Vertrauen dürfen ihm die patriotischen Kreise nicht nur nicht verweigern, sondern ihnen erwächst zugleich die unabwendbare Pflicht, auf Grund der Warnung des Altreichstanzlers auf der Hut zu sein vor der Entwicklung der nächsten Zukunft, damit im gegebenen Augenblick eine geschlossene Stellungnahme der nationalen öffentlichen Meinung schlimme Möglichkeiten verhindern kann. Besser noch wäre es freilich, wenn die Warnungen des Altreichstanzlers schon für sich allein den Erfolg hätten, heranwühlende Rebell in der deutschen auswärtigen Politik zu zerschlagen.

folgender dringliche Antrag eingebracht worden: die Magistrate zu eruchen, mit allem Nachdruck bei dem Königl. Polizeipräsidium darauf zu bringen, dass die gegenwärtige Einrichtung der Kriminalpolizei und des Nachwachtdienstes einer eingehenden Prüfung und erforderlichen Falls einer Verbesserung unterzogen werde, wie sie dem Sicherheitsbedürfniss der Berliner Bürgerwehr und den außerordentlich hohen Aufwendungen der Gemeinde für die Polizeiwache entspricht. — Der Kaufmännische Verein in Frankfurt a. M. Ober- und unter sich nach amtlicher Ermittlung von Verstoß aus geworden haben sollte, bisher noch nicht ermittelt worden, obgleich er von verschiedenen Seiten geübt worden sein soll. — Die Einberufung des provisorischen Vorparlamentes steht unmittelbar bevor. Jedemfalls wird der Bundestag sich bereits morgen damit beschäftigen und den Reichstanzler ermächtigen, nach Anhörung der Vorschläge der Börsenorgane, sowie der Vertretung von Landwirtschaft und Industrie, die Mitglieder des Ausschusses zu ernennen. Nachdem die Komittees der Vertreter, der an der Neuordnung der Börse interessierten Bundesstaaten im Reichstag anwesend sind und man sich über eine gleichmässige Behandlung der einzelnen Staaten überlassen Fragen gereinigt hat, werden die Regierungen der letzteren mit der Prüfung der von den einzelnen Staaten vorgelegten Börsenordnungen vorgehen.

Gründ- & Verleger: **Glindermilch**,
Herausgeber: **Glindermilch**,
Druck: **Glindermilch**,
Hofstr. 79.

Bernschreib- und Fernschreib-Berichte vom 28. Oktober.

Hamburg. Die „Damb. Nachr.“ schreiben zu dem Bericht der „Neuen Freien Presse“ über die Unterhaltung eines ihrer Freunde mit einem deutschen Staatsmann, betreffend die europäische Lage: Obwohl in dem Wiener Organ keinerlei nähere Angaben über die Unbedenklichkeit gemacht worden, hat der Bericht der deutschen Presse, wohl infolge des Umstandes, dass der Bericht aus Hamburg datirt, angenommen, dass dieser Staatsmann Fürst Bismarck gewesen sei. Dies trifft nicht zu, wie das Blatt erzählt. Fürst Bismarck hat vielmehr den Inhalt des Interviews erst aus den Zeitungen kennen gelernt. Der Darstellung, welche die „Neue Freie Presse“ über die Vorgänge von 1890 in der Angelegenheit des Neutralitätsvertrages gab, stimmen die „Damb. Nachr.“ zu, indem sie sagen, wohl glauben, dass diese Darstellung den Verhältnissen entspricht.

Berlin. Die brandenburgische Provinziallandtage beizug nach dem Reiz des Vorpommerschen Störck mit 100 gegen 23 Stimmen, die Generalprobe zu eruchen, dass sie den evangelischen Oberkirchenrath aufzubreche, 1. in Gemeinschaft mit ihrem Vorstande herabragend wissenschaftlich befähigte und zugleich fest im Reformniss stehende Beisitzer zu ernennen, dass sie sich entsprechend den der Organisation des Universitäts zu Grunde liegenden Prinzipien freier Betheiligung an wissenschaftlichen Unterricht, dem akademischen Lehramt widmen, 2. zu erwägen, durch welche Massregeln diese Absicht gefördert werden könne, wobei auch der Gesichtspunkt einer Bewilligung von Mitteln durch die Generalprobe in Betracht zu ziehen wäre. — Nachdem die staatlichen Lehrereminare durch Erlass des Reichstanzlers als Lehramtsstellen anerkannt worden sind, die gültige Zeugnisse über die wissenschaftliche Befähigung für den Einjährig-Freiwilligenexamen ausstellen dürfen, erhalten künftig die Seminarabgänger nach bestandener Abgangsprüfung ein Zeugnis nach dem Muster 18 des 90 der deutschen Verordnung. Auf Grund dieses Nachweises können sie die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligenexamen nachsuchen. Solche Veranlassungen, welche die Berechtigung zu erlangen wünschen, aber nicht in der Lage sind, das ist unangenehm bis zum 1. April ihres ersten Militärsjahres, das ist des Kalenderjahres, innerhalb dessen sie ihr 21. Lebensjahr vollenden, abzulegen, haben beim Eintritt in dieses Alter ihre Anstellung unter Befähigung einer entsprechenden Weidienstung des Seminarabgänger bei der Erziehungskommission zu beantragen. Die Anstellung kann von der Erziehungskommission bis zum 31. Militärsjahres genehmigt und geeigneten Falls in der Militärkommission nach verlangt werden.

Wien. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Wenn der Reichsanzeiger betont, dass die Aussenpolitik zu der Aufrechterhaltung und Vertragstreue der deutschen Politik bei den anderen Mächten zu sein beabsichtigt ist, als dass sie durch solche Enthüllungen erschüttert werden könnte, so müssen wir dieser Auffassung aus Ueberzeugung beistimmen. Die öffentliche Meinung Oesterreichs ist einmüthig in ihren Aeusserungen des Vertrauens und in der sicheren Annahme, dass auf eine durchaus zuverlässige und loyale Erfüllung der Vertragspflichten seitens der jetzigen deutschen Regierung unbedingt zu rechnen sei. Schon unter den ersten zeitlichen Eindrücken erfüllte sich somit die Erwartung des „Reichsanzeigers“ und erwies sich die Ueberzeugung von der Bundesstreue der deutschen Regierung in Oesterreich vollkommen unerschütterlich.

Leipzig. Zum Nachfolger des am 1. Oktober d. J. in den Ruhestand getretenen Reichsgerichtsraths Meves wurde der Präsident des Landgerichts zu Giechitz Hölz erannt.

Hamburg. Dem Kartell der norddeutschen Dampfmaschinenfabriken ist nunmehr auch die „Compagnie Transatlantique“ beigetreten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, weshalb über die Tragweite dieser neuen Verhandlungen noch nichts Näheres veröffentlicht wird. Es ist zweifellos, dass eine erhebliche Erhöhung aller Kraftpreise im Verkehr zwischen Europa und den Vereinigten Staaten bevorsteht.

Uffen a. d. Ruhr. Nach der Befähigung des Kreisbauers, des wichtigsten Theiles der Krupp'schen Werke, wird der Kaiser in Begleitung des Geh. Kommerzienrathes Krupp zur Eröffnung der Stadtverordneten, die er mitten in ihrer Arbeit überreichte. Nach einer kurzen Begrüssung wurde der Oberbürgermeister Krupp erwiederte der Kaiser: Ich bin hierher gekommen, um eine Dankeschuld abzutragen. Sie haben damals die Waite gehabt, für mich einen Empfang vorzubereiten, wie er zu erwarten war von einer so freien gemüthlichen Stadt wie Uffen. Meine Frau hat mir über diesen Empfang berichtet, der sie überwältigt hat und der ihr zu Herzen gegangen ist. Es war ein würdiger Abschluss für die ichöne Kreis, die ich mit ihr geplant. Ich danke für diesen Empfang, den Sie mir zugesandt haben und ich freue mich, nochmals Ihnen, Herr Oberbürgermeister, persönlich danken zu können. Die Geschichte der Stadt bürgt Sie dafür, dass die Gefinnung, welcher Sie, Herr Oberbürgermeister, Ausdruck verliehen haben, auch von der Bürgerlichkeit der Stadt Uffen eine patriotische Vaterlandsliebe in der Bürgerlichkeit finden werde. Der Kaiser unterzeichnete hierauf das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung und verweilte noch längere Zeit im Gespräch mit mehreren Stadtverordneten.

Budapest. Der „Bester Mond“ bemerkt zu der Erklärung des „Reichsanzeigers“ über den Artikel in den „Damb. Nachr.“: Wir haben zu unserer bisherigen Stellungnahme gegenüber den neuesten Indiskretionen, welche eine so scharfe Beurtheilung in Berlin erfahren haben, gar nichts hinzuzufügen. Wenn die deutschen amtlichen Kreise keinen Anlass zum Eingehen in die Diskussion über die erfolgte Verletzung der Staatsheimlichkeit und die Schädigung wichtiger Staatsinteressen eröfneten, so haben wir nichts dagegen einzuwenden. Uns genügt der bisherige Zustand und eine Versicherung von der Aufrechterhaltung und Vertragstreue der deutschen Politik, welche durch diese Enthüllungen nicht erschüttert werden können.

Uffen a. d. Ruhr. Nach der Befähigung des Kreisbauers, des wichtigsten Theiles der Krupp'schen Werke, wird der Kaiser in Begleitung des Geh. Kommerzienrathes Krupp zur Eröffnung der Stadtverordneten, die er mitten in ihrer Arbeit überreichte. Nach einer kurzen Begrüssung wurde der Oberbürgermeister Krupp erwiederte der Kaiser: Ich bin hierher gekommen, um eine Dankeschuld abzutragen. Sie haben damals die Waite gehabt, für mich einen Empfang vorzubereiten, wie er zu erwarten war von einer so freien gemüthlichen Stadt wie Uffen. Meine Frau hat mir über diesen Empfang berichtet, der sie überwältigt hat und der ihr zu Herzen gegangen ist. Es war ein würdiger Abschluss für die ichöne Kreis, die ich mit ihr geplant. Ich danke für diesen Empfang, den Sie mir zugesandt haben und ich freue mich, nochmals Ihnen, Herr Oberbürgermeister, persönlich danken zu können. Die Geschichte der Stadt bürgt Sie dafür, dass die Gefinnung, welcher Sie, Herr Oberbürgermeister, Ausdruck verliehen haben, auch von der Bürgerlichkeit der Stadt Uffen eine patriotische Vaterlandsliebe in der Bürgerlichkeit finden werde. Der Kaiser unterzeichnete hierauf das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung und verweilte noch längere Zeit im Gespräch mit mehreren Stadtverordneten.

Berlin. Der Kaiser war gestern Abend mit dem Prinzen Heinrich in Essen eingetroffen, besichtigte heute Vormittag das Panzerplattenwerk und wohnte der Herstellung einer Panzerplatte bei. Mittags wohnte der Kaiser im Rathhause einer Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten von Essen bei. Später besichtigte der Kaiser noch mehrere Werke der Krupp'schen Fabrik und begab sich dann nach dem Schloß Charlottenburg über Friedrichstr. heute von Cronberg nach Schloß Kumpenbeim über Gesebeck. — Der Kaiser hat an zahlreiche deutsche Offiziere, Hof- und Staatsbeamte Orden und Auszeichnungen verliehen. — Durch Königl. Verordnung vom 26. Oktober werden die beiden Häuser des preussischen Landtages zum 20. November nach Berlin einberufen. — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht amtlich die Ernennung des bisherigen Direktors der Kolonialabtheilung des Wirt.

Freiburg i. Schl. Bei Verbreitung von falschen, hauptsächlich 2-Markstücken, wurden heute zwei Falschmünzer verhaftet. Einer derselben führte eine große Menge falsches Geld bei sich.

München. Heute begann vor dem hiesigen Landgericht die Verhandlung in dem sogenannten Habererprozeß. Angeklagt sind